JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE



Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 52	29. August 1919	ג' אלול תרע"ט	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Palästinas Zukunft.

Auf einem Spezial-Meeting des Councils der englischen Zionisten-Federation, die am letzten Donnerstag Abend im zionistischen Zentral Office in London stattfand, sprach Dr. *Weizmann* über die politische Lage. Weizmann führte aus, er würdige vollauf die offenbare Unruhe in jüdischen Kreisen, die ihren Grund darin hat, dass bezüglich der zu ergreifenden politischen und praktischen Massnahmen für die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina, noch nichts bekannt gegeben ist. Die Lage sei schwierig gewesen, zufolge mangelnder Bestimmtheit in der Politik der Friedenskonferenz bezüglich des „nahen Ostens", aber er sei in der glücklichen Lage zu erklären, dass die Britische Regierung die jetzige Administrativ-Behörde in Palästina informiert habe, dass die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina, wie sie in der denkwürdigen Erklärung Balfours angekündigt ist, als eine vollendete Tatsache zu betrachten sei.

Die Lage der Juden in Europa ist seither schlimmer geworden als sie es je vorher gewesen ist und die Juden werden für ihr Werk in Palästina doppelte Energie aufwenden müssen. Die Pläne waren auf der Grundlage normaler jüdischer Bedingungen entworfen, die immer eine gewisse Summe von Verfolgungen einschlossen, aber die schrecklichen Verheerungen, die die Judenheit in Ost-Europa, besonders in Russland, während der letzten 6 Monate erlitten hat, stellt uns vor eine beinahe unüberwindliche Aufgabe.

Die zionistischen Führer werden gedrängt, fuhr Dr. Weizmann fort, eine Immigration von Millionen nach Palästina vorzubereiten, aber auf die Gefahr hin seine Popularität zu verlieren, müsse er seine Stimme warnend erheben, denn zufolge der Berichte der besten Experten sei es für Palästina unmöglich, selbst während der nächsten 5 Jahre, auch nur einen Teil der ungeheuren Zahl der Juden aufzunehmen, die jetzt nach Palästina zu gehen wünschten.

Er sei stets überzeugt gewesen, dass die Friedenskonferenz den Juden solche Bedingungen einräumen werde, die es den Juden ermöglichen werden, Palästina allmählich zu einem jüdischen Gemeinwesen zu entwickeln. Man musste darauf bestehen, dass Palästina eine definitive politische Einheit werde mit Grenzen, die dem Lande gehörig günstige Gelegenheit zur Entwicklung bieten, und solche Bedingungen werden in dem Masstabe gewährt werden, in welchem das Land Immigranten aufnehmen kann. In Bezug auf die Einwanderung würde denjenigen der Vorzug gegeben, die Arbeit, Geschicklichkeiit und Kapital mit sich bringen. Der letzte Erfolg der zionistischen Bestrebungen würde nicht von Grossbritanien, der Mandatar-Macht, sondern von der Arbeit und den persönlichen Opfern des jüdischen Volkes abhängen.

Eine neue Erklärung der englischen Regierung betreffs Palästinas.

Das Londoner Zentralbureau der zionistischen Organisation erhielt am 6. Aug. die Abschrift eines von der englischen Regierung an die englische Administrationsbehörde in Palästina abgesandten Telegrammes, worin die palästinensischen Behörden darauf hingewiesen werden, sie möchten mit Palästina, als dem Vaterlande des jüdischen Volkes, als mit einer feststehenden Tatsache rechnen. Sie mögen also bei der Behandlung der jüdischen Bevölkerung in diesem Sinne vorgehen, ohne sich von dem Faktum leiten zu lassen, dass die Juden vorderhand blos eine Minderheit im Lande bilden. (Die Warschauer jüdischen Zeitungen bezweifeln die Richtigkeit dieser, der Wiener Tagespresse entnommenen Meldung, da das zionistische Zentralkomitee in Polen hierüber noch keine Nachricht erhalten habe, wobei sie augenscheinlich übersehen, dass diese Meldung mit der von Boris Goldberg gemachten Mitteilung (J. P. Z. Nr. 49) identisch ist. Siehe auch die Rede Dr. Weizmanns in dieser Nummer.)

Die Mandat-Kommission.

Bekanntlich sollte die Mandaterteilungskommission im August in London tagen. Diese Kommission soll natürlich auch die Frage des Mandates über Palästina behandeln. Wie es scheint ist die Konferenz dieser internationalen Mandatskommission wegen Nichteintreffens der französischen Delegierten verschoben worden. Als Grund dafür wird allgemein Frankreichs Unzufriedenheit mit dem Stande der syrischen Frage angenommen.

Zangwill über den Schutz der heiligen Stätten in Palästina.

„Indian Review" vom Juni bringt ein Interview Mr. Saint Nihal Singh's mit Israel Zangwill über die Zukunft Palästinas. Zangwill meint, man solle den Schutz der den Christen heiligen Stätten, Juden die zum Christentum übergetreten sind, anvertrauen und die Bewachung der Muslim-Schreine, zum Islam übergegangenen Juden. Der Interviewer fand diesen Vorschlag eines Juden bewunderungswürdig in Anbetracht des Hasses, den die Juden gegen Apostate hegen. Zangwill erklärte, er würde intolerant sein Leuten gegenüber, die

auf imperialistisch-jingoistische Politik eingeschworen seien. Was den Statthalter von Palästina betrifft, meinte Zangwill: Wenn ein Jude gefunden werden konnte, der von Whitehall aus ganz Indien regieren kann, wird man doch sicherlich einen Juden finden können, der fähig ist das Oberhaupt eines jüdischen Palästinas zu sein.

Die offizielle Bezeichnung der jüdischen Legionäre.

Die jüdischen Legionäre erhielten jetzt von den englischen Militärbehörden die offizielle Bezeichnung „Judaeans"; zu ihrem Abzeichen wurde eine Menorah bestimmt.

Feldmarschall Allenby über die Haltung der Judeans.

In Haifa hat Feldmarschall Sir *E. Allenby* dem Leutenant *Aaronson* persönlich den Ausserordentlichen Verdienstorden überreicht. Bei dieser Gelegenheit defilierte das 40. (palästinensische) Bataillon R. F. vor dem Feldmarschall vorbei. Allenby lobte die gute militärische Haltung dieses Bataillons, das hauptsächlich aus palästinensischen und aus in Amerika rekrutierten russischen Juden gebildet ist.

Die jüdischen Legionäre.

Im Unterhause stellte *Ormsby Gore* die Anfrage, ob der Status der jüdischen Bataillone (Legionäre) der königl. Füsiliere, die sich jetzt in Palästina befinden schon bestimmt worden ist, u. zw., ob diese Legionäre für den allgemeinen Dienst, oder blos für den in Palästina bestimmt seien, ob es ferner den 400 jüdischen Soldaten, die sich in Amerika diesen Bataillonen angeschlossen haben, gestattet sein wird, in Palästina zu demobilisieren, wie sie es verlangen, statt sie nach Amerika zurückzuschicken und nach welchen Regeln die Demobilisierung der jüdischen Soldaten in Palästina erfolgen werde.

Mr. *Forster* erklärte hierauf, die Frage werde jetzt von der Regierung studiert und man hoffe bald darüber Beschluss fassen zu können.

Die Judenfrage auf der Friedenskonferenz.

Das französische Ministerium des Aeussern hat gemeinsam mit dem Kriegsministerium sämtliche der Friedenskonferenz betreffs der Judenfrage vorgelegten Vorschläge veröffentlicht.

Dieses offizielle Dokument der französischen Regierung gibt ein vollständiges Bild davon, wie die jüdische Frage und deren Lösung vom jüdischen Volk selbst aufgefasst wird. Aus demselben ist ersichtlich, dass auch bei den Juden keine Einigkeit geherrscht hat, da in den von den einzelnen Komitees der Friedenskonferenz überreichten Vorschlägen verschiedene Standpunkte vertreten werden. Das Dokument zeigt ferner, dass diesmal, wie noch nie zuvor, die Judenfrage in ihrer Totalität vorgebracht wurde und dass die mit ihrer Lösung betrauten Staatsmänner diesmal Gelegenheit hatten, die verschiedensten Seiten des jüdischen Problems kennen zu lernen.

Dieser wichtige politische Bericht veröffentlicht den Wortlaut aller eingereichten Momoranden, nebst gewissen Erläutungen in folgender Einteilung: 1. Emanzipation (Gleichberechtigung), 2. Nationale Rechte, 3. Zionismus.

Betreffs der Emanzipation werden mitgeteilt: das Memorandum des „Joint Foreign Committee", die Resolution des amerikanischen jüdischen Kongresses, das sozialistische Programm und das deutsche Programm.

Betreffs der nationalen Rechte: das Memorandum des Komitees der Jüdischen Delegationen in Paris, die Stellung der Zionisten zu den nationalen Rechten, die amerikanische Erklärung bezüglich der nationalen Rechte, die Meinung Claude Montefiores und die Ansicht des Hilfsvereins der Deutschen Juden.

Ueber Zionismus: die Deklaration von Balfour, Empfang der zionistischen Führer durch die Friedenskonferenz, Stand der zionistischen Bewegung in England, wie auch die Stellung des „Joint Foreign Committees" zum Zionismus und endlich der Stand des Zionismus in Amerika, die Stellung des amerikanischen „Jewish Committees", des jüdischen Kongresses in Amerika, wie auch das antizionistische Memorandum, das gewisse Israeliten aus Amerika eingesandt haben.

In der Einleitung werden auch die in den Verträgen mit Deutschland und Polen die Juden direkt oder indirekt betreffenden Punkte behandelt.

Vom Komitee der Jüdischen Delegationen.

Aus Paris wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Bratiano und andere rumänische Führer widersetzen sich weiterhin energisch, die Artikel des Vertrages, die die Minoritätsrechte garantieren, zu unterzeichnen, pochend auf die von den Rumänen letzthin in Ungarn so leicht errungenen Erfolge. Der Text des Vertrages, der Rumänien überreicht wurde, enthält bekanntlich dieselben Klauseln, wie der polnische Vertrag. Das Komitee der jüdischen Delegationen bietet alles Mögliche auf, dieser Gefahr Herr zu werden, unter eifriger Betätigung der in Paris neu eingetroffenen Nationalräte Dr. *Diamant* und Dr. *Krämer*, die die Juden der Bukowina und Siebenbürgens vertreten.

Auf der Tagesordnung steht ebenfalls der Vertrag mit der Tschecho-Slovakei. Dr. *Singer,* Präsident des jüd. Nationalrates der Tschecho-Slovakei u. Nationalrat Marco *Ungar* sind in Paris angekommen, um mit dem Präsidenten der tschechischen Delegation, *Benes*, zu verhandeln. Auf Sokolows Verlangen ordnete Benes persönlich an, diese jüdischen Vertreter ohne Schwierigkeiten nach Frankreich kommen zu lassen.

Der jüdisch-amerikanische Kongress verlangt von uns Bericht über die Massakers in der Ukraine. Das Komitee der Delegationen hat nach aus verschiedenen Quellen erhaltenen Berichten und Dokumenten, Schilderungen dieser Greueltaten nach Amerika geschickt und die amerikanischen Juden ersucht, eine grosse Hilfskommission nach der Ukraine zu entsenden, um auf die Regierung und die jüdischen Kreise einzuwirken. Die ukrainische Delegation in Paris versichert, dass eine derartige Kommission ohne Schwierigkeiten nach der Ukraine wird gehen können. Die ukr. Delegation verspricht ebenfalls alles Mögliche zu tun, damit die Regierung Petljura in Zukunft Pogrome verhindere.

Pogrom in Minsk.

Entgegen den ursprünglichen Berichten, bei der Eroberung von Minsk seien blos drei Juden umgekommen, stellt sich jetzt heraus, dass auch in Minsk trotz Anwesenheit General Jadwins, ähnliche Vorfälle wie in Wilna, wenn auch in etwas kleinerem Umfange sich ereignet haben. Es gab 31 Tote, darunter 5 Kinder und gegen 500 ausgeraubte jüdische Geschäfte. Eine grosse Anzahl Juden wurde verhaftet, barfuss und halbnackt teils

nach Wilna, teils nach Molodetschno verschleppt. Der Bericht General Jadwins bestätigt diese Tatsachen u. erwähnt dass laut einem vorläufigen Bericht 376 Geschäfte ausgeplündert worden sind. Trotz aller Versicherung General Szeptyckis, eines Aufrufes des polnischen Erzbischofs wie auch des bekannten Morgenthauischen Appells und allgemeiner Konstatierung, dass die Juden sich äusserst loyal verhalten haben, — wird doch diesmal von niemanden behauptet, man habe aus den Häusern geschossen, — ging es in Minsk nicht anders zu, als in den anderen von den Polen eroberten Städten. Der jetzige Gouverneur Raczkiewicz macht den Eindruck einer energischen Persönlichkeit, von dem zu hoffen ist, dass er weiteren Ausschreitungen Einhalt gebieten wird. Bisher wurden in den Warschauer Zeitungen blos die Namen von 19 Erschossenen angegeben, während die Namen der 12 anderen noch nicht festgestellt werden konnten.

Den Sonntag über durchquerten die Mitglieder der Morgenthaukommission in ihren Autos mit wehendem Sternenbanner die Strassen, was zweifellos zur Beruhigung der Juden beigetragen hat. Gegen Abend hielt General Jadwin in der überfüllten grossen Chor-Synagoge den Juden eine Trostrede und erklärte, dass die Morde und Plünderungen abgestellt worden sind. Prof. Gothard versprach den Juden so lange in Minsk zu verbleiben, bis Morgenthau selbst hinkomme und er werde während dieser Zeit nicht zulassen, dass unschuldiges jüdisches Blut vergossen und jüdisches Hab und Gut geplündert werde.

— Nach dem Bekanntwerden der Vorfälle in Minsk begaben sich die Vertreter der jüdischen Presse ins Ministerium des Innern, um dort näheres zu erfahren, doch erklärte man ihnen, dass dort über Vorfälle in Minsk nichts (!) bekannt sei.

Judenpogrom in Schumsk.

Die Lemberger „Gazeta Poranna“ berichtet, dass die Bolschewisten vor ihrem Abzuge aus Schumsk, dort eine schreckliche Judenschlächterei veranstaltet haben.

Kamieniez-Podolsk, 21. Aug. (Ukrain. Pressedienst.) Der Oberkommandierende Petljura hat an den Ministerpräsidenten Marto, den Kriegsminister und den Minister für jüdische Angelegenheiten ein Telegramm gerichtet, worin er bekannt gibt, dass sowohl er wie auch das Armeekommando die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung mit der grössten Entschiedenheit bekämpfen, wie übrigens alle Massnahmen, die das Zusammenleben der Bevölkerung erschweren. — Der Oberkommandierende stellt fest, dass die Pogrome im Rücken der ukrainischen Armee von bolschewistischen Provokateuren geführt werden, um auf diese Weise die Front zu desorganisieren und den staatlichen Aufbau durch die Regierung zu stören.

Lemberg. Die polnische Tagespresse berichtet, dass Personen, die von jenseits der Front kommen, melden in Kamieniez-Podolsk sei bereits eine amerikanische Kommission zur Untersuchung der Pogrome eingetroffen. Dieser Tage begibt sich diese Kommission nach Zmerinka, wo ein schrecklicher Pogrom stattgefunden hat. Im Falle der Wiederholung der antijüdischen Exzesse drohen dte Alliierten mit Einstellung aller Zufuhren.

Die englische Pogromuntersuchungs-Kommission.

Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ meldet:

Es verlautet, die englische Regierung beabsichtige Sir *Stuart Samuel,* den Präsidenten des Board of Deputy, zum jüdischen Mitglied der nach Polen zu entsendenden Untersuchungskommission zu ernennen. Die Gerüchte über eine eventuelle Wahl Israel Zangwills dürften den Tatsachen nicht entsprechen, da es sehr zu bezweifeln ist, dass die Regierung sich entschliessen würde, in diese politische Kommission eine, der jetzigen Regierung politisch nicht genehme Persönlichkeit, wie Zangwill es ist, zu entsenden.

Ein soeben bei der „Jüd. Presszentrale Zürich“ eingelaufener Bericht besagt, dass Sir Stuart Samuel, der an ihn ergangenen Bitte der Regierung Folge leistend, der nach Polen zu entsendenden britischen Kommission vorstehen wird.

Die vierte zionistische Landeskonferenz in Polen.

Der Warschauer Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“, berichtet: Die für den 17. einberufene Landeskonferenz der polnischen Zionisten konnte erst am 18. eröffnet werden. Tags zuvor wurde nämlich der für die Konferenz bestimmte Saal des jüdischen Kaminski-Theater, von der polnischen Regierung, quasi aus Schikane, requiriert. Die Aufregung darüber war auch in nicht zionistischen Kreisen so gross, dass viele Provinzdelegierte zum Zeichen des Protestes eine Verschiebung der Konferenz verlangten. Nichts hätte besser, schreibt der antizionistische Warschauer „Moment“, die Berechtigung des Zionismus erweisen können, als diese „Heimlosigkeit“.

Der Konferenz gingen äusserst heisse Wahlkämpfe voraus; so gab es z. B. in Warschau 10 verschiedene Listen. Speziell die Stellung der Zeire-Zion gab zu grossen Auseinandersetungen Anlass. An der Konferenz, die von etwa 360 Delegiert.n aus Polen und Westgalizien beschickt ist, kristallisierten sich, abgesehen von den Fachverbänden, drei grössere Parteigruppierungen heraus: die Rechte, gebildet von den extremen Hebraisten, das Zentrum, vertreten durch die Anhänger des bisherigen Zentralkomitees, und die Linke, gebildet von der Zeire-Zion, die wiederum in zwei sich stark befehdende Gruppen zerfällt.

Nach einem Kompromissvorschlag der Kommission wurden ins Präsidium gewählt: Podliszewski, Dr. Thon, Abg. Grünbaum, Advokat Olschwanger und Moses Gordon. Ein Teil der Zeire-Zion beteiligte sich nicht an der Wahl des Präsidiums. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Referate: Dr. Thon — Palästinapolitik, Abg. Grünbaum — Landespolitik, Dr. Braude — Schulwesen, Dr. Klummel — Finanzen und Lewite — Palästinaarbeit.

— Die Warschauer Polizei suchte Hals über Kopf einen Hebräisch verstehenden Polizisten, der die zionistische Konferenz beaufsichtigen könnte, da dort ausser jiddisch auch hebräisch verhandelt wird.

„J. P. Z.“

Mit Nummer 52 erreicht die am 15. Dezember 1918 als Zentralinformationsstelle für das gesamte jüdische Pressewesen gegründete „Jüdische Presszentrale

Zürich", bereits nach 3/4 jährlichem Erscheinen die einem Jahrgang einer Wochenschrift entsprechende Nummernzahl. Es dürfte daher angebracht sein, in dieser Nummer die Tätigkeit der J. P. Z. kurz zu skizzieren und das Erreichte mit einigen Daten zu belegen.

Die J. P. Z. wurde gegründet, um einem allgemein empfundenen Mangel nach parteiloser Berichterstattung durch eine unabhängige jüdische Press- und Telegraphen-Agentur abzuhelfen. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, mittels Originalberichten und Interviews sowie Artikelauszügen aus der gesamten jüdischen u. nichtjüdischen Presse, unparteiisch über die Lage und die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Juden in allen Ländern, in übersichtlicher Weise zu informieren.

Seit ihrem Bestehen wurden Meldungen der J. P. Z. mit Quellenangabe in 16 Ländern und in 10 Sprachen wiedergegeben, soweit wir dies kontrollieren konnten. Im Juni z. B. war die J. P. Z. tagtäglich 1—2 mal in führenden Tageszeitungen des In- und Auslandes zitiert. U. a. sei erwähnt, dass eine jüdische Wochenschrift in ihrer Nummer vom 23. Mai 11 Nachrichten und eine zweimal wöchentlich erscheinende jüdische Zeitung in ihrer Nummer vom 19. August 26 Notizen aus den Mitteilungen der J. P. Z. gebracht hat. Dies dürfte zur Genüge die Unentbehrlichkeit und dringende Notwendigkeit der J. P. Z. für die rasche und weitgehendste Verbreitung politischer und wirtschaftlich wichtiger jüdischer Nachrichten erweisen.

Wir richten daher an die Redaktionen sämtlicher jüdischer Zeitungen, die uns bisher ihr Organ nicht zukommen liessen, die höfl. Bitte, uns regelmässig ihre Zeitungen in Austausch zugehen zu lassen. Denn nur dann wird uns auch weiterhin eine absolut objektive Berichterstattung und lückenlose Registrierung aller wichtigen jüdischen Ereignisse ermöglicht, wenn wir die uns aus aller Herren Länder zuströmenden Meldungen an Hand der Zeitungen des betreffenden Landes überprüfen können.

Wie wir bestrebt sind in unparteischer Weise zu berichten, zeigen folgende redaktionelle Bemerkungen zweier Tageszeitungen. Bei der Wiedergabe einer unserer Meldungen, erlaubt sich das Warschauer offiziell zionistische „Judisze Folk" die Behauptung, die Jüdische Presszentrale Zürich" einfach als Organ der „Agudas Jisroel" hinzustellen, während anderseits die in London erscheinenden poale-zionistischen „The Jewish Times" mit ebensolcher Sicherheit die J.P.Z. als „Misrachi Bulletin" bezeichnen. Hie Misrachi — Hie Agudah, was bewiese besser die Parteilosigkeit der J.P.Z.

Bei dieser Gelegenheit danken wir unseren verehrlichen Abonnenten für die der J.P.Z. gewährte Unterstützung und richten an sie, sowie an Freunde der J.P.Z. den Appell, durch Vergrösserung unseres Abonnentenkreises unser unabhängiges und von keiner Seite subventionierte Unternehmen zu fördern. Die J.P.Z. wird sich auch in Zukunft unentwegt mit allen Kräften in den Dienst der gerechten jüdischen Sache stellen.

Chronik.

Polen.

Beratung der Orthodoxen.

Am 11. August haben in Warschau Beratungen orthodoxer Vertreter aller Teile Polens, Litauens und eines Teils des Auslandes begonnen. Ausser den Vertretern des Zentralkomitees nahmen an den Beratungen teil: die orthodoxen Landtagsabgeordneten, angesehene Persönlichkeiten, darunter das Haupt der Jeschiwa aus Briansk, David Schreiber aus Wien u. a. mehr. 60 Städte haben Vertreter entsandt. Die Delegierten aus Posen waren Passchwierigkeiten halber an der Teilnahme verhindert. S. Kaminer erstattete Bericht über die Tätigkeit der nach der Schweiz, London und Paris entsandten politischen Kommission. Auf der Nachmittags-Sitzung wurde die Erziehungsfrage und die Gründung einer Haupt-Jeschiwa zwecks Ausbildung von Rabbinern, Lehrern und Leitern von Chedorim behandelt. Auch die Gründung eines Verlages für pädagogische Bücher wurde erwogen. Den ganzen zweiten Tag hindurch zog sich die Debatte über den von Rabb. Halpern erstatteten Bericht über die Tätigkeit der orthodoxen Landtagsabgeordneten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. noch: Agitation für den Aktienverkauf der orthodoxen Palästina-Bank und Verteilung der am 20. Siwan gesammelten Gelder.

Kongress der Szlome Emune Jisroel.

Auf der letzten Plenarsitzung des Zentralkomitees der Szlome Emune Jisroel wurde beschlossen, eine allgemeine Zusammenkunft aller Vereine der Szlome Emune Jisroel im ehemaligen Kongresspolen, Galizien, Posen und Litauen einzuberufen. Die Konferenz soll in Warschau kurz nach den Feiertagen stattfinden.

— Obwohl im Friedensvertrag bestimmt ist, dass alle Einwohner Polens als gleichberechtigte Bürger des Landes anerkannt werden, wird die Registrierung der „Fremden" in Warschau fortgesetzt. Die jüdischen Abgeordneten beschlossen sich diesbezüglich an den Minister des Innern zu wenden.

— Auf Intervention des Abg. Rabb. Halpern wurden die in Ciechanow und anderen Orten für den Samstag bestimmten Stadtratswahlen auf einen anderen Tag verlegt. Gleichzeitig ersuchte der Innenminister den Abgeordneten Halpern in den jüdischen Zeitungen bekanntzugeben, man möge falls irgendwo Wahlen für Samstag angeordnet würden, sich an den Minister wenden, der die Angelegenheit sofort erledigen werde.

— Der jüdische Landtagsklub wandte sich an das Postministerium wegen der häufigen Zurückweisung hebräisch geschriebener Briefe seitens verschiedener Postanstalten. Der Postminister erklärte, dass sowohl während der österreichischen als auch der deutschen Okkupation, die hebräische Schrift im Briefverkehr verboten war. Bei Uebernahme der Macht durch die polnische Regierung wurde die Zensur für die inländische Korrespondenz aufgehoben, wodurch auch jenes Verbot ausser Kraft gesetzt wurde. Eine besondere Verordnung wurde darüber nicht herausgegeben. Gleichzeitig versandte das Ministerium an die verschiedenen Postdirektionen eine entsprechende Weisung und verordnete, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Galizien.

Die Polen haben bekanntlich bei ihrem Einzug in Ostgalizien den Präsidenten des Jüdischen Nationalrates in Sambor, *Dr. Rottenstreich*, interniert und gegen ihn eine Hochverratsanklage erhoben. Die Tatsachen, auf welche sich die Anklage stützt, geben die Behörden klugerweise nicht einmal dem Anwalt Rottenstreich's

bekannt. Auf Umwegen wurde bekannt, dass ihm auch eine Rede als Hetze gegen die Polen ausgelegt wurde, in welcher er gesagt hat: Die Juden können weder polnische, noch ruthenische Politik machen, sondern müssen neutral sein, indem sie jüdische Politik machen. Dr. Rottenstreich ist in hochnotpeinlicher Untersuchung, wird in Przemysl wie ein Verbrecher behandelt und ist schon lungenkrank geworden. Bisher waren alle Bemühungen seine Lage zu ändern erfolglos.

— Die Lemberger „Chwila" vom 13. August berichtet, dass seit einigen Tagen die aus Böhmen ausgewiesenen jüdischen Flüchtlinge auf der Durchreise nach ihren früheren Wohnorten, Lemberg passieren. Die Flüchtlinge müssen stundenlang am Bahnhof auf Anschluss warten, wobei ein spezielles Damen-Komitee, als Unter-Abteilung des jüdischen Rettungs-Komitees, sie mit Kleidung und Lebensmitteln versieht. Am 12. August wurden diese Flüchtlinge von bewaffneten Individuen überfallen und 19 Juden wurden die Bärte abgeschnitten. Erst die Intervention des Platzkommandos machte diesen traurigen Exzessen ein Ende.

— Einem der „Jüdischen Presszentrale Zürich" zur Verfügung gestellten Brief entnehmen wir über die Zustände in den von den Rumänen besetzten Gebieten Ostgaliziens schauderhafte Dinge. Nach den Drangsalierungen seitens der Ukrainer, die die Bevölkerung mit Gewehrkolben zu traktieren pflegten, ihr das wertlose ukrainische Geld aufzwangen und in einzelnen Städten Kontributionen speziell den Juden auferlegten, wurden anfänglich die Rumänen als Befreier begrüsst. Bald zeigte sich jedoch, dass die rumänische Soldateska noch um vieles roher zu hausen versteht als die Ukrainer. Alsbald wurde die Prügelstrafe eingeführt. Für die geringsten Vorgehen wird man zu 25 Stockhieben verurteilt. Die Soldaten pflegen auf der Strasse Ohrfeigen auszuteilen, blos weil man Jude ist. Schreiber dieser Zeilen wurde, als man bei ihm, anlässlich einer Revision einen als Schultasche verwendeten Brotsack fand, geohrfeigt, und als er sich über das Vorgehen beim Kommando beschwerte, erhielt er, trotzdem er sich als ehemaliger österreichischer Fähnrich legitimierte, neuerlich Ohrfeigen. Die patrouillierenden Bürgerwachen müssen sich um 12 Uhr nachts in den Wachtstuben melden, wobei ehrwürdige graubärtige Juden von analphabetischen Zigeunern misshandelt werden, obwohl die Polizisten erklären, dass die Juden zur Meldung hinbestellt sind. Auf Schritt und Tritt kommt man nur mittels Bestechungen vorwärts. Für einen Passierschein nach Czernowitz muss man z. B. 500 Kronen bezahlen. Nach unglaublichen Mühen und Bestechungen ist es unserem Gewährsmann gelungen, nach Graz zu entkommen, von wo er den Brief, dem wir diese Notizen entnehmen, an seinen in Zürich elbenden Bruder gerichtet hat.

Tschecho-slovakischer Staat.

Unruhen in Brünn.

Wien, 26. Aug. (Wolff.) Die Blätter veröffentlichen Meldungen über gegen die Deutschen und Juden gerichtete Unruhen in Brünn, wobei in den Strassen die deutschen Firmentafeln und Strassenschilder herabgerissen und zertrümmert wurden. An den Ausschreitungen waren auch Damen der besseren Gesellschaft beteiligt.

Ein Zentral-Büro der orthodoxen Gemeinden in der Slovakei.

Am 29. Juli versammelten sich die Rabbiner und Vorsteher der grösseren orth. Gemeinden der Slovakei in Pressburg, um die Organisierung der orthodoxen Juden in der Slovakei durchzuführen und ein Forum zu schaffen, dessen Aufgabe es sein soll, die Interessen der Juden in der Slovakei der Regierung und den Behörden gegenüber zu vertreten. Bei dieser Gelegenheit wurde ein achtgliedriger Vollzugs-Ausschuss, bestehend aus drei rabbinischen und fünf weltlichen Persönlichkeiten, gewählt, der beauftragt wurde, die Vorbereitungen zu dem am 9. September stattzufindenden Delegiertentag der Gesamt-Orthodoxie der Slovakei zu treffen. Gleichzeitung wurde in Pressburg ein Büro unter provisorischer Leitung des Herrn Oberrabbiner *S. Hirschler* aus Modor errichtet.

Ungarn.

Antisemitische Kundgebungen in Budapest.

Budapest, 28. Aug. Im Schlosshofe des Ofener Königsschlosses sammelten sich gestern vormittag eine nach Tausenden zählende Anhängerschaft der christlichsozialen und christlich nationalen Richtung zu einer Kundgebung. Besonders zahlreich waren die männlichen und weiblichen Mitglieder des Post- und Eisenbahnpersonals vertreten. Auch sah man viele Geistliche. Die Demonstranten sandten eine Abordnung zu der im Schlosse versammelten Ententemission, um zu fordern, dass in das Ministerium keine Juden aufgenommen werden dürfen. Die Vertreter der Alliierten antworteten, sie hätten sich überzeugt, dass hier eine Bewegung im Gange sei, der man volle Beachtung schenken müsse. Die Versammlung nahm diesen Bescheid mit erneuten Kundgebungen antisemitischen Charakters auf. Inzwischen wurden einzelne Judeu, die sich unter die Zuschauer gemischt hatten, von der Menge ergriffen und unter furchtbaren Prügeln vertrieben.

— Rabbiner *Dr. Hevesi* und der Präsident des jüdischen Konsistoriums überreichten der englischen Militär-Kommission in Budapest ein Memorandum, in welchem darauf hingewiesen wird, dass die Juden unter dem bolschewistischen Regime viel mehr als jede andere Klasse gelitten haben. Da jetzt nach Sturz der Kommunisten gewisse Christen die Juden für die Taten der Bolschewisten verantwortlich zu machen suchen, so appellieren die Juden Ungarns an die englische Kommission, sie möge sich dafür einsetzen, dass die Juden Ersatz für den erlittenen Schaden, wie auch Garantien gegen weitere Drangsalierungen erhalten mögen. Das Memorandum führt weiter an, dass die jüdischen Studenten aus der Universität entfernt, die jüdischen Regierungsbeamten ihre Stellen verlieren und Juden in den Strassen beleidigt und geschlagen werden.

— Eine Abordnung jüdischer Offiziere erschien beim Kriegsminister Schnetzer, dem sie ihre Beschwerden wegen der masslosen Pogromhetze der letzten Wochen vortrug. Die Offiziere erklärten, dass die ganze Bewegung auf das gewissenlose Treiben einiger weniger agents provocateurs zurückzuführen sei und dass sie zu den schärfsten Abwehrmassregeln greifen müssten, wenn diese Hetze nicht aufhöre. Kriegsminister Schnetzer

hörte die Beschwerden der Abordnung wohlwollend an und versicherte schliesslich, dass er energische Massnahmen treffen werde, um den unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten.

— Der Spezialkorrespondent der „Daily Herald" telegraphiert aus Paris, er habe ein Manifest der Organisation „Erwachende Ungarn" gesehen, worin gesagt ist, dass in diese Organisation nur jene Personen aufgenommen werden, die versprechen „vereinigt zu bleiben, bis sie die letzten Juden getötet haben".

Deutsch-Oesterreich.

Heimreise der Palästina-Flüchtlinge.

Das Palästina-Amt hat mit Hilfe von Rabb. Dr. Chajes und anderer jüdischer Persönlichkeiten die Heimbeförderung der palästinensischen Flüchtlinge organisiert. Am 19. August haben sich die Flüchtlinge in einem Extrazuge nach Italien begeben, von wo sie nach Palästina weiterreisen sollen. Ausser den Repräsentanten vieler jüdischer Institutionen kamen auch Vertreter der englischen und italienischen Missionen zum Abschied auf den Bahnhof.

Deutschland.

Hamburg. Das Repräsentanten-Kollegium der Deutsch-Israelitischen Gemeinde genehmigte in seiner Sitzung den Antrag des Gemeindevorstandes auf Abänderung der Verfassung der Gemeinde. Nach dieser neuen Verfassung können in Zukunft auch die weiblichen Angehörigen der Gemeinde an den Wahlen der Gemeinde teilnehmen. Ein Antrag, den Frauen auch das passive Wahlrecht zu erteilen, wurde, nachdem sich auch der Kommissar des Gemeindevorstandes dagegen ausgesprochen hatte, mit grosser Mehrheit abgelehnt.

— Der Dichter Schneiur kommt dieser Tage aus Amerika zurück und wird sich einige Tage in Berlin aufhalten. (Der Freitag, Berlin.)

— Es verlautet, die bekannte „Wilnaer Truppe" beabsichtige, eine Tournee durch Deutschland zu unternehmen, zu welchem Zwecke bereits Verhandlungen mit einer Berliner Theaterdirektion geführt werden.

— In München hat sich Anfang August eine Ortsgruppe des „Hapoel-Hazair" konstituiert.

— Die 37. Generalversammlung des isr. Lehrervereins für Bayern findet am 1. und 2. September in der „Alhambra" in Würzburg statt.

Italien.

Comm. Sereni, Prof. Colombo und Rabb. Dante Lattes überreichten namens des Komitees der zion. und rabbinischen Föderation und der jüd. Gemeinden dem Ministerium des Aeussern ein Memorandum, in welchem sie hinwiesen auf die Judenverfolgungen in Osteuropa und auf die den Juden Ungarns drohende Gefahr, die man für das Regiment der abgewirtschafteten Bolschewiki ausschliesslich verantwortlich zu machen sucht und baten die italienische Regierung, sich tatkräftig der verfolgten Juden anzunehmen.

Vom Ministerium des Aeussern langte hierauf beim Komitee der jüdischen Gemeinde in Rom folgende Antwort ein: Sehr geehrter Herr Angelo Sereni! Ich erhielt Ihren Brief vom 14. ds., mit dem Sie im Namen des Komitees der jüd. Gemeinde, der zionistischen und rabbinischen Föderationen meine Aufmerksamkeit auf die Gefahr der Verfolgungen der Juden in einigen Ländern Europas lenken und den Wunsch aussprechen, dass die königl. Regierung zum Schutze der bedrohten Juden ihren Einfluss geltend mache. — Seien Sie versichert, dass ich sofort darüber verfügt habe und mir noch vorbehalte, über die nötigen Massnahmen zu beschliessen.

England.

Brandeis in London.

Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Am 21. August fand ein zion. Begrüssungsabend zu Ehren Louis Brandeis statt. In seiner Begrüssungsrede erwähnte Dr. Weizmann, dass Brandeis ebenso wie Herzl aus einem fremden Milieu zu uns gekommen ist, und als ebenso grosser Organisator die grosse zionistische Organisation in Amerika geschaffen hat, welchem Umstande die Erhaltung der palästinensischen Kolonien während der Kriegszeit und die grossen Erfolge des Zionismus während der letzten Zeit zu verdanken seien. Brandeis hat das ganze amerikanische Judentum für den Zionismus gewonnen und die Beschlüsse des amerikanischen jüd. Kongresses haben die Friedenskonferenz beeinflusst, in den Vertrag mit Polen die Paragraphe über den Schutz der jüdischen Minderheit aufzunehmen. Wenn die Verwirklichung unserer Hoffnungen proklamiert werden wird, werden wir auch öffentlich erklären können, was Brandeis in diesem grossen historischen Momente in diplomatischen Kreisen und Konferenzen geleistet hat. Er erklärte dem Präsidenten Wilson und den Ministerpräsidenten der alliierten Staaten klar und deutlich, dass wir *ein ganzes Palästina und ein jüdisches Palästina* wünschen. Wir wollen als Volk anerkannt werden und auch die Rechte eines Volkes besitzen. Brandeis Worte haben das gewünschte Resultat gezeitigt.

Dr. Lewin schilderte das amerikanische Judentum und *de Haas* seine Eindrücke aus Palästina. *Brandeis* dankte für die Begrüssung und betonte die Pflicht eines jeden Juden, in dem jetzigen Momente sich für Palästina einzusetzen. *Sir Stuart Samuel*, Präsident des Board of Deputy, stimmte als Gast den Aeusserungen Brandeis zu. Auch für Moses war es schwer die Juden nach Palästina zu bringen und dies wird auch Dr. Weizmann nicht gelingen, falls er nicht der Hilfe aller Juden sicher sein wird. Falls die jüdische Verwaltung Palästinas das Zutrauen des jüdischen Volkes geniessen wird, werde es ihr auch an Geld für den Wiederaufbau nicht mangeln. Er hoffe auch, dass man sich in Palästina strenge an die Thora-Vorschriften halten und die jüdische Religion in ihrer Vollkommenheit beobachten werde. Ausser Stuart Samuel war als Gast auch Sir *Adolf Tack*, der Präsident der portugiesischen Judengemeinde, anwesend. Begrüssungstelegramme sind von Lord Reading, Chiefrabbi Hertz und anderen eingelangt.

— Der „New Statesman" hatte einen scharfen Artikel gegen den polnischen Imperialismus veröffentlicht. Das polnische Informationskomitee in London sandte daraufhin der Redaktion einen Brief, in dem u. a. die polnische Judenpolitik in Schutz genommen wird, unter Bezugnahme auf den Bericht Gibsons, der mitunterfertigt ist von Dr. Bogen. Der „New Statesman" erklärt dazu, dass Dr. Bogen dieses Gerücht bereits dementiert

habe und beschuldigt Herrn Maidziewicz, den Leiter der polnischen Propaganda in England, er hätte darauf spekuliert, dass der Redaktion das Dementi Dr. Bogens unbekannt sei. Zum Schluss bemerkt die Redaktion, dass sie fernerhin nicht gedenke, Antworten des polnischen Büros in ihrer Zeitung zu veröffentlichen, da sie für lügnerische Statistik, gefälschte Ausführungen und erdachte Märchen keinen Platz habe.

— Die englischen Assimilanten schreiten an die Herausgabe eines eigenen Journals namens „Jewish Guardian". 25.000 Pf. St. sollen bereits für diesen Zweck gesammelt sein. Die Zeitung soll von einem Sohn des Sir Philipp Magnus und Dr. Abrahams, Prof. an der Cambridger Universität, geleitet werden.

Holland.

— Holländische Zeitungen u. a. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" veröffentlichen einen von prominenten holländischen Persönlichkeiten unterzeichneten Protest gegen die Pogrome in Polen, in dem es u. a. heisst:

Nicht nur als niederländische Bürger, als Menschen protestieren wir gegen die Schändung der einfachsten Menschenrechte, die gegen die Juden Polens getrieben wird. Menschen, auch polnische Juden, haben ein Recht darauf, wenn sie ruhige Bürger sind, in Ruhe zu leben, nicht aber in fortdauernder Bedrohung mit Totschlag oder Plünderung ihrer armseligen Habe; Menschen, auch polnische Juden, haben das Recht, wenn sie angeschuldigt werden, auf Verteidigung und gehöriges Rechtsverfahren; wenn sie angefallen werden, auf Schirm durch die Obrigkeit. Wir wissen sicher, trotz der unwahren Widersprüche von polnischer Seite, dass den polnischen Juden keinerlei Schutz durch ihre Obrigkeiten geworden ist. Auf der polnischen Regierung lastet diese erste Pflicht. Erfüllt sie sie nicht, bleibt sie tatenlos bei Pogromen und Plünderungen, so ist sie verantwortlich für die Schandtaten, die unter ihren Auspizien betrieben werden . . .

Ein Volk, das aus Glaubens- oder Rassenhass unschuldige Bürger bedrückt und mit Füssen tritt, ist des Namens eines freien Volkes nicht würdig.

— An Stelle von Rabbiner *A. Ascher,* jetzt Ober-Rabbiner von Groningen, wurde Herr *J. Maarsen* zum Rabbiner der niederländischen israelitischen Hauptsynagoge in Amsterdam ernannt. (Maarsen ist 1892 in Amsterdam geboren, wo er das Seminar besuchte und 1917 sein Rabbiner Examen bestand. J. P. Z.)

— Der holländische Zionist Jul. *Leyderdorff* promovierte kürzlich mit einer Dissertation: „Beiträge zur Spezial-Psychologie des jüdischen Volkes" zum Dr. der Medizin. In den ersten zwei Abteilungen seiner Arbeit sind die Resultate von psychologischen Untersuchungen an 40 jüdischen Familien nach dem Vorbilde von Prof. Heymanns und Wiersma bearbeitet. Die erste These der Dissertation lautet: *„Nur durch Verwirklichung des Basler Programmes des Zionismus, kann die kranke jüdische Psyche genesen."*

Griechenland.

Saloniki, 24. August. Ag. d'Athènes meldet u. a.: Der Zionismus und seine Manifestationen wurde nirgends mehr als in Griechenland begünstigt. Seit Juni 1916, d. h. vor den bekannten Erklärungen Balfours vom 2. November 1916 (soll heissen 1917. J.P.Z.) hat Politis im Namen der griechischen Regierung seine Sympathien für das zionistische Ideal hervorgehoben. Der zweite Jahrestag der Erklärungen Balfours wurde in Saloniki mit besonderem Pomp gefeiert.

Amerika.

Bevorstehende Tagung des amerikanisch-jüdischen Kongresses.

Der amerikanisch-jüdische Kongress bereitet eine Zusammenkunft vor, zur Besprechung der Berichte seiner Delegierten bei der Friedenskonferenz. Die Tagung wird das Judenproblem in seinem vollen Umfange behandeln, sowohl die Palästinafrage als auch die Probleme der Minderheitsrechte in den verschiedenen Ländern.

New-York. Die Nachrichten über die Judenpogrome in der Ukraine haben bei den amerikanischen Juden ungeheure Aufregung hervorgerufen. Da in Amerika viele aus der Ukraine stammende Juden wohnen, deren Familien und Verwandte noch in der Ukraine sich befinden, so wird das Staatsdepartement mit Fragen über das Los ihrer noch in der Ukraine sich befindlichen Verwandten überschüttet. Die amerikanischen Juden bereiten grosse Manifestationen vor, um gegen die Petljura seitens der Alliierten geleistete Hilfe zu protestieren.

Gründung einer Industriegesellschaft für Palästina.

In New-York wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapitel von zehn Millionen Dollars gegründet, mit dem Zweck, in Erez Jisroel diverse Industriezweige wie: Baumwolle, Zuckerrohrpflanzung, Früchte und Fruchtkonserven, Viehzucht, Leder und Oele einzuführen. Der amerikanische Konsul in Palästina A. Glasbrook hat die Gründung der Gesellschaft befürwortet. Anlässlich der Misrachikonferenz in Cincinnati wurde von den Teilnehmern Aktien im Betrage von 50 000 Dollars übernommen. (Misrachi Korr. B.)

Grosse Spende Jakob Schiffs.

Im Juli hat der bekannte jüdische Philantrop *Jakob Schiff* der zion. Organisation in Amerika 35000 Dollars zur Verfügung gestellt, u. z. 25.000 Dollars für Erziehungs-Institutionen und 10.000 Dollars für Sanitätswesen. Inklusive dieser 35.000 Dollar erreichen die von Jakob Schiff zugunsten der verschiedenen zion. Institutionen in Palästina seit Januar 1918 gespendeten Gelder die Summe von 85.000 Dollars.

Palästina.

Rabbiner-Konferenz in Palästina.

Der palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Das von der Palästina-Kommission gegründete und unterstützte Vereinigte Rabbinat zu Jerusalem, hielt kürzlich eine Konferenz ab, an der ausser den Delegierten auch Vertreter der Palästina-Kommission und der Regierungsbehörden anwesend waren. In den Resolutionen wurde den Alliierten der Dank ausgesprochen, für deren Versprechen, „eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu gründen und die bürgerlichen und religiösen Rechte der Juden in allen Ländern zu verteidigen" und im Namen der Tradition erklärt „das Ideal des jüdischen Volkes ist, eine gesicherte Heimstätte, ein nationales Heim und ein geistig-religiöses Zentrum in Palästina zu schaffen, dort von neuem sein nationales und

religiöses Leben zu führen und sein brachliegendes Land zu beleben". Die Konferenz fordert die Anerkennung des Sabbath und der jüdischen Festtage als offizielle Ruhetage für die Juden Palästinas, die Anerkennung des Rabbinates und der Rabbinergerichte als autonom und autoritativ für alle Fragen der Religion, und sämtliche Fragen des bürgerlichen Rechtes und des Familienrechtes für die Juden untereinander. Schliesslich drückte die Konferenz ihren Protest gegen die Pogrome in Russland, Galizien und Polen aus und forderte die Friedenskonferenz auf, diesen Schandtaten ein Ende zu bereiten. Hauptsächlich beschäftigte sich die Konferenz mit der Autonomie des Gerichtswesens, welches manche Kreise der Orthodoxie zu einem Reservat der Rabbiner zu gestalten beabsichtigen. Die Tätigkeit des bisherigen „Mischpat Haschalom" wurde von dem Misrachisten Rabbiner Ostrowski aus Ekron, einer scharfen Kritik unterzogen. Der Chacham Baschi aus Jaffa forderte die Orthodoxie auf, mehr Toleranz zu zeigen und die Interessen der *gesamten* Judenheit Palästinas im Auge zu behalten. Ausserdem wurden noch die Erziehungs- und Sprachenfrage ausführlich behandelt. (Verspätet eingetroffen J.P.Z.)

Das Gerichtswesen in Palästina.

Am 3. August erhielt der „Waad Aschkenasi" vom Militärkommandanten ein Schreiben, in welchem der „Waad" darauf aufmerksam gemacht wird, dass die von ihm zur Gründung eines neuen Gerichtshofes unternommenen Schritte zu Zwistigkeiten führen dürften. Vertreter des „Waad" haben daraufhin den Kommandanten besucht, um ihm Erklärungen über den Grund dieser Neugründung abzugeben. Ausserdem haben sie ihm in dieser Angelegenheit auch ein schriftliches Memorandum überreicht. (Doar Hayom.)

— Der palästinensische Mitarbeiter der „Jüdischen Presszentrale Zürich", berichtet: Am 10. August fand in Jerusalem eine allgemeine Versammlung der Aschkenasischen Gemeinde statt, um über ihr Verhältnis zum „Waad Aschkenasi", besonders betreffs der von letzterem geplanten Gründung eines neuen Gerichtshofes, Stellung zu nehmen, da dies geeignet sei, eine Spaltung in der Gemeinde hervorzurufen. Auf der stark besuchten Versammlung, an der die Führer der Jerusalemer Orthodoxie sich beteiligten, wurde, nach allseitiger Klarstellung erwähnter Frage, eine Resolution angenommen, die u. a. die Wahl einer Kommission vorsieht, welche einen Ausweg finden soll, diesen Zwischenfall auf friedlichem Wege zu erledigen. Falls dies nicht gelingen sollte, ist die Kommission ermächtigt, Vorbereitungen für die Wahl eines neuen „Waad Aschkenasi" zu treffen.

Eine neue Bank in Jerusalem.

Unter diesem Titel berichtet der „Doar Hayom", dass jüdische Millionäre, darunter die Herren Guggenheim und Konsorten, in Zürich eine neue Bank gegründet haben, deren Zentrale in Jerusalem sein wird. Der in Palästina bekannte Kaufmann Wilhelm Gross ist in dieser Sache tätig, um in Jerusalem die Bank einzurichten. (Es handelt sich hier offenbar um eine Filiale der von der Agudas Jisrael gegründeten Handels- und Siedlungsbank, als deren Zentralsitz Zürich bestimmt ist. J.P.Z.)

Eine neue jüdische Zeitrechnung.

Die in Palästina neu erscheinende hebräische Tageszeitung „Doar Hayom" datiert interessanterweise neben den bisher üblichen jüdischen und nichtjüdischen Jahreszahlen auch nach der Balfour'schen Deklaration, die sie als Beginn einer neuen Zeitrechnung benützt. Es erinnert dies an einen altjüdischen im Talmud erwähnten Brauch, grosse Ereignisse für den Ausgangspunkt einer neuen Aera anzusetzen.

Briefe nach Palästina.

Der Postmeister von New-York gibt bekannt, dass die Kosten für Postsendungen nach Palästina ermässigt worden sind. Nach einer Veröffentlichung des Londoner Postamtes wird die nördliche Grenze desjenigen Gebietes von Palästina, wohin Sendungen angenommen werden, durch eine Linie nördlich von Acre ostwärts bestimmt.

Schweiz.

Orientierung nach Warschau.

In Zürich wurden dieser Tage anonyme Flugzettel gegen die Bolschewisten verbreitet, worin zur Abwechslung wieder einmal von „dieser Judenschaar" und, die Wiener „Reichspost" zitierend, von einer „Begönnerung abgehauster jüdischer Bolschewisten seitens der deutsch-österreichischen Regierung" gesprochen wird. Dazu bemerkt das Zürcher „Volksrecht" vom 26. Aug. u. a.: Dieses neueste Werk obskurster Herkunft weist darauf hin, dass man sich in gewissen Kreisen nicht einseitig nach Paris richten will. Daraus geht klar hervor, dass man willens ist, neben Paris sich auf Warschau einzustellen . . . Interessant ist, dass von allen ungarischen Kommunisten und Kommissären ausgerechnet die „Judenschaar" hervorgehoben und allein haftbar gemacht werden will . . . Diese Erscheinung steht nicht vereinzelt da. Der Hetze gegen den Sozialismus fügt man das altbewährte Kampfmittel der Judenhetze bei. Der Pogrom, die blutige Judenverfolgung mag Zweck oder Enderfolg sein und also — Warschau das Ideal unserer neuen Kulturkämpfer, ihre Parole: nach Warschau!

Presse- und Verlags-Notizen.

— Der jüdisch-literarische Arbeiter-Verein in Palästina gibt ein jiddisches Wochenblatt „Der jiddische Arbeiter" heraus.

— Die am 22. August 1919 in Pressburg erschienene erste Nummer der „Jüdischen Volkszeitung", unabhängige Wochenschrift für die Interessen der Juden in der Slovakei, ist in unserer Redaktion eingetroffen. Redakteur ist Dr. Zobel.

— Seit dem 1. August erscheint in Nove Zamky (Slovakei früher Ersekujvar) unter Leitung von Dr. A. Nemes eine zionistische Halbmonatsschrift „Hamadrich-Utmutato", in ungarischer Sprache.

— Redakteur der in Berlin erscheinenden jiddischen Wochenschrift „Der Freitag" ist Herr A. Singalowsky. Regelmässige Mitarbeiter sind u. a.: Dr. *Goldberg*, Kopenhagen, *Gorelik*, Dr. *Seligmann*, Berlin und Dr. *Charasch*, Zürich.

— „Nieuwe Rotterdamsche Courant" veröffentlicht die Rede, die Dr. A. Friedemann an der Protestkundgebung gegen die Pogrome im Tivoli gehalten hat.

— Die „Humanité" vom 1. August veröffentlicht einen mit „Isalt" gezeichneten Artikel „Gegen den Zionismus", und in ihrer No. vom 5. August einen Brief vom Komitee der Poale-Zionisten-Gruppe in Paris, betitelt: „A propos du sionisme."

— In der „München-Augsburger Abendzeitung". v. 10. Aug. veröffentlicht Dr. Fritz Endres einen sehr beachtenswerten Artikel, betitelt: „Ein Wort zur Judenfrage".

— Unter dem Titel „Les Droits Nationaux des Juifs en Europe Orientale" ist dieser Tage ein vom Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris herausgegebenes und von Dr. Léon Reich redigiertes Sammelwerk erschienen. Das Buch enthält Aufsätze von M. Ussischkin, L. Motzkin, Julian W. Mack, O. Thon, L. Reich, Nahum Slousch, J. Tchernoff, S. Rosenbaum, Dr. Ringel, G. Richards, Hugo Bergmann und E. F. Braunstein.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich





